

# LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Wählen. Mitbestimmen.  
Am 23. Februar 2025 ist Bundestagswahl

Stimmzettel

**Sie haben 2 Stimmen**

**hier 1 Stimme**  
für die Wahl  
eines / einer Wahlkreis-  
abgeordneten  
**Erststimme**

**hier 1 Stimme**  
für die Wahl  
einer Landesliste (Partei)  
- maßgebende Stimme für die Verteilung der  
Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien -  
**Zweitstimme**



Foto: Spotmatik Ltd-Shutterstock

## Gewalt gegen Gesundheitspersonal

- S.11 [Anhörung: Übergriffe in Praxen und Kliniken](#)
- S.12 [Standpunkte](#)

### Plenum

#### S. 3 [Aschaffenburg und die Folgen](#)

Debatte zur Migrationspolitik

#### S. 4 [Schulen beklagen zunehmende Gewalt](#)

Aktuelle Stunde nach Umfrage

#### S. 5 [Korruptionsverdacht bei Staatskanzlei-Sanierung](#)

Ermittlungen nach Auftragsvergaben

#### S. 6 [Meldungen aus dem Plenum](#)

### Forum

#### S. 8 [Gegen das Vergessen: „Wir müssen wachsam bleiben“](#)

Vor 80 Jahren wurde das Vernichtungslager Auschwitz befreit

#### S. 10 [Gesetzgebung](#)

#### S. 14 [Aus den Fraktionen](#)

### Forum

#### S. 16 [Grundpfeiler der Demokratie – am 23. Februar ist Bundestagswahl](#)

Landtagspräsidium ruft zur Beteiligung auf

#### S. 18 [Porträt: Carlo Clemens \(AfD\)](#)

#### S. 19 [Kurz notiert](#)

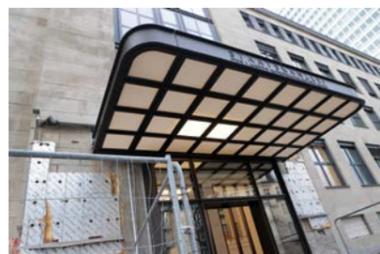


Foto: IMAGO/Bihlmayerfotografie

### PLENUM

## Aschaffenburg und die Folgen

29. Januar 2025 – Migrationspolitik, Gewaltverbrechen, mögliches Behördenversagen. Darum ging es in einer Aktuellen Stunde. Die Fraktionen von FDP und AfD hatten sie unabhängig voneinander beantragt. Anlass war der Messerangriff auf eine Kindergartengruppe eine Woche zuvor in Aschaffenburg. Ein Kind und ein Erwachsener wurden dabei getötet. Tatverdächtig ist ein polizeibekannter 28-jähriger Mann aus Afghanistan.

Der Aktuellen Stunde lagen Anträge der Fraktionen von FDP ([18/12642](#)) und AfD ([18/12643](#)) zugrunde. Die Tat stehe „in einer Reihe mit Fällen in Nordrhein-Westfalen aus der jüngeren Vergangenheit“, schreibt die FDP-Fraktion: „Täter bzw. Tatverdächtige waren stets Asylbewerber, die sich eigentlich nicht mehr in Deutschland hätten aufhalten dürfen und bei denen die zuständigen Behörden in der jeweiligen Fallbearbeitung versagt haben.“ Die Tat folge einem Muster, heißt es im AfD-Antrag: „Abgelehnter Asylbewerber, ausreisepflichtig, zahlreiche Vorstrafen, gescheiterte Abschiebung, mutmaßliches Behördenversagen, angeblich psychisch krank, mutmaßlicher Drogenmissbrauch, Tatmittel: Messer.“

### „Verfehlte Asylpolitik“

FDP-Fraktionschef [Henning Höne](#) sagte, der Tatverdächtige von Aschaffenburg hätte nicht mehr in Deutschland sein dürfen. Er passe in ein Muster von anderen Attentaten wie dem in Solingen. Dieses Muster werde in der Bevölkerung wahrgenommen. Nach einer über Jahre verfehlten Asylpolitik erlebe das Land ein Staatsversagen bei der Durchsetzung von Recht und Gesetz. Höne betonte, er wolle den Kern des Asylrechts beibehalten und schützen. Dafür sei es nötig, dass man Veränderungen durchsetze.

[Markus Wagner](#) (AfD) sprach von einer „explodierenden Kriminalität“ aufgrund offener Grenzen und einem „Abschiebeversagen“. Die Folgen davon seien zuletzt die Attentate von Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg gewesen. Die Tatverdächtigen hätten nicht mehr im Land sein, „geschweige denn frei herumlaufen“ dürfen. Nun heiße es wie schon einmal in der Geschichte: „Wir Deutsche reißen die Mauer ein.“ Deutschland wolle und brauche keine „tödlichen Brandmauern“ mehr.

Die menschenverachtende Tat in Aschaffenburg reiße auch in Nordrhein-Westfalen „frische Wunden“ auf, sagte [Peter Blumenrath](#) (CDU). Die Landesregierung habe dem Anschlag von Solingen Taten folgen lassen und das „größte Sicherheitspaket in der Geschichte unseres Landes“ auf den Weg gebracht. Dazu gehöre der verstärkte Einsatz von Künstlicher Intelligenz, um Gefährder frühzeitig zu erkennen. „Wir machen unser Land zusammen sicherer.“

Zu Tausenden würden Menschen in diesen Tagen rassistisch beleidigt und angefeindet, sagte [Jochen Ott](#), Fraktionsvorsitzender der SPD. An Migrantinnen und Migranten gerichtet, die teils seit Jahrzehnten in Deutschland lebten, ergänzte er: „Dieses Land ist auch euer Land.“ Ott forderte zugleich mehr Sicherheit auf den Straßen, für Erwachsene und Kinder. „Dafür müssen wir sorgen.“ Es sei die Aufgabe der demokratischen Mitte, das Land zusammenzuhalten.

Die Menschen erwarteten zu Recht, dass der Staat für Sicherheit Sorge, sagte Grünen-Fraktionschefin [Verena Schäffer](#). Die schwarz-grüne Koalition habe nach dem Anschlag in Solingen reagiert. Bei den Tätern handle es sich ausnahmslos um Männer, es lägen psychische Erkrankungen vor, es gebe Fluchtgeschichten. Behörden müssten potenzielle Täter im Vorfeld besser erkennen können, sagte Schäffer. In Nordrhein-Westfalen gebe es dazu das Projekt „PeRiskoP“.

Es sei wichtig, Probleme ehrlich zu benennen, sagte Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU). Dann müsse „schnell und konkret“ gehandelt werden. Nach Solingen sei in Nordrhein-Westfalen „eine Menge passiert“. Das Sicherheitspaket sei eine „extrem kluge Antwort“ gewesen. Reul nannte unter anderem die Verkehrsdatenspeicherung und den Einsatz Künstlicher Intelligenz. Der AfD gehe es darum, Ängste zu schüren und Stimmung gegen das System zu machen.

wib, tob, zab

# Schulen beklagen zunehmende Gewalt

30. Januar 2025 – Einer Umfrage des Verbandes Erziehung und Wissenschaft (VBE) zufolge kommt es an nordrhein-westfälischen Schulen häufiger zu Beschimpfungen und körperlichen Übergriffen als im bundesweiten Durchschnitt. Der Landtag hat darüber in einer Aktuellen Stunde diskutiert. Die Fraktionen von FDP und SPD hatten die Aussprache beantragt.



Fotos: Schälte

Franziska Müller-Rech (FDP) Jochen Ott (SPD) Claudia Schlottmann (CDU) Markus Wagner (AfD) Wibke Brems (Grüne) Schulministerin Dorothee Feller (CDU)

Der VBE-Schulleitungsumfrage zufolge hätten 43 Prozent der befragten Schulen in Nordrhein-Westfalen körperliche Übergriffe gemeldet, heißt es in den Anträgen der Fraktionen. Der Bundesdurchschnitt habe bei 35 Prozent gelegen. Die FDP-Fraktion (18/12644) schreibt von einem Handlungsbedarf, „der nicht aufgeschoben werden darf“. Die Ergebnisse müssten der schwarz-grünen Landesregierung „Mahnung und Weckruf zugleich“ sein, heißt es im Antrag der SPD-Fraktion (18/12645).

**Franziska Müller-Rech** (FDP) sprach von alarmierenden Zahlen. Jeder Angriff sei „auch ein Angriff auf uns alle und auf das Fundament unserer Demokratie, auf Bildung, Freiheit und Sicherheit“. Die Landesregierung müsse sich diesem Problem stellen und effektive Maßnahmen ergreifen. Müller-Rech forderte unter anderem „treffsichere Ordnungsmaßnahmen“ für gewalttätige Schülerinnen und Schüler. Die Schulen benötigten mehr Unterstützung durch ihren Dienstherrn.

SPD-Fraktionschef **Jochen Ott** forderte ebenfalls mehr Unterstützung für die Schulen. Diese seien „Brennpunkte“ einer Entwicklung unter anderem aus einer Verkümmern sozialer Kompetenzen und Frustrationserfahrungen. Damit seien sie aber allein. „Schulleitungen werden im Stich gelassen, Lehrkräfte stehen unter Dauerstress. Schülerinnen und Schüler haben keine ausreichenden Anlaufstellen.“ Ein starkes Bildungssystem beginne mit einem starken Rückhalt für die Schulen.

Gewalt habe in Schulen keinen Platz, sagte **Claudia Schlottmann** (CDU). Wenn es zu Vorfällen komme, leiste die Landesregierung gezielte Unterstützung. Seit 2022 seien alle Schulen im Land verpflichtet, ein Schutzkonzept gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch zu erstellen. Ein weiterer Eckpfeiler, um Gewalt in den

Griff zu bekommen, sei das Ende 2024 vorgestellte Programm „Mind Out“ der Landesregierung. Schulen würden auch durch multiprofessionelle Teams unterstützt.

Mütter und Väter in Nordrhein-Westfalen hätten Angst um ihre Kinder, sagte **Markus Wagner** (AfD). Die Kinder- und Jugendkriminalität sei von 2021 bis 2023 um rund 50 Prozent gestiegen. Die Landesregierung habe die Lage nicht im Griff, ihre Antworten seien „tranig, lustlos und träge“. 193 Messertaten habe es im Jahr 2022 an Schulen in NRW gegeben. Im Folgejahr seien es 293 gewesen. Je früher eine Straftat geahndet werde, desto geringer sei die Rückfallquote.

## „Spiegel der Gesellschaft“

Die Schule sei ein Spiegel der Gesellschaft, sagte Grünen-Fraktionschefin **Wibke Brems**. Im Supermarkt werde gepöbeln, beim Einstieg in den Zug gedrängt. „Führende Politiker“, so Brems weiter, seien in Auseinandersetzungen nicht bereit, Kompromisse einzugehen. Wie sollten Kinder und Jugendliche lernen, mit Frust umzugehen, wenn sie das Verhalten der Erwachsenen sähen, fragte sie. Die Zunahme der Gewalt hänge zudem mit fehlenden Kontakten während der Corona-Pandemie zusammen.

Die Gewalt gehe den Schulleitungsumfragen zufolge in den meisten Fällen von Schülerinnen und Schülern aus und richte sich zunehmend gegen Lehrkräfte, sagte Schulministerin **Dorothee Feller** (CDU): „Das dürfen wir nicht akzeptieren. Schule muss ein sicherer Arbeitsplatz für alle sein.“ Die Landesregierung unterstütze Lehrkräfte und alle am Schulalltag Beteiligten „mit einer Vielzahl an Maßnahmen zur Eindämmung und Prävention von Gewalt“, so die Ministerin.

wib, tob, zab

# Korruptionsverdacht bei Staatskanzlei-Sanierung

31. Januar 2025 – Auftragsvergaben für die Sanierung der Staatskanzlei haben Staatsanwaltschaft und Landeskriminalamt auf den Plan gerufen: Es wird unter anderem wegen des Verdachts der Bestechung und Bestechlichkeit ermittelt. Der Landtag debattierte in einer Aktuellen Stunde über die Vorgänge.

Unter den Verdächtigen sollen sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW (BLB NRW) befinden. Mitarbeitende der Staatskanzlei, die das Gebäude als Mieterin nutzt, seien nicht unter den Verdächtigen.

Die FDP-Fraktion bezieht sich in ihrem Antrag (18/12646) unter anderem auf Medienberichte über einen Bericht der BLB-Innenrevision. Darin sollen weitere Unregelmäßigkeiten genannt werden. Parlament und Öffentlichkeit hätten von den Inhalten des Berichts „erstmalig und bislang ausschließlich aus der Presse erfahren“. „Aufgrund der Brisanz dieser neuen Informationen und der hohen Relevanz für die Öffentlichkeit muss sich der Landtag Nordrhein-Westfalen im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit den neu gewonnenen Erkenntnissen sowie den zukünftigen Bemühungen der Landesregierung zur Schaffung uneingeschränkter Transparenz und zur umfassenden Aufklärung beschäftigen“, heißt es in dem Antrag weiter.

## Fünf-Punkte-Plan

Die Aktuelle Stunde stehe unter dem Motto „Und täglich grüßt das Murmeltier“, sagte **Ralf Witzel** (FDP). Im vorliegenden Verdachtsfall gehe es wieder einmal um den BLB. Kaum ein anderer Staatsbetrieb habe so häufig Diskussionen um Korruption, Missmanagement, fehlende Kontrollen und Millionenschäden für den Steuerzahler verursacht. Von der Kooperationsbereitschaft der Landesregierung bei der Aufklärung hänge ab, ob ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss einzurichten sei.

Die Vorwürfe richteten sich gegen einzelne Mitarbeitende des BLB, nicht gegen die Staatskanzlei als Mieterin, sagte **Hendrik Schmitz** (CDU). Das System der Korruptionsüberwachung und die Innenrevision des BLB habe funktioniert. Nach Bekanntwerden der Ermittlungen habe Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk (CDU) unmittelbar einen Fünf-

Punkte-Plan auf den Weg gebracht, um die Verdachtsfälle lückenlos aufzuklären sowie die Prävention und Transparenz zu stärken.

Viele Mitarbeitende des BLB machten einen guten Job, sagte **Christian Dahm** (SPD). Einige wenige aber brächten den gesamten Landesbetrieb mit ihren Machenschaften in Misskredit. Zudem seien nicht die Sanierungskosten explodiert. Vielmehr seien die Kostensteigerungen auf die „zahlreichen Extrawünsche“ der Staatskanzlei zurückzuführen. Offenbar seien „alle Ausstattungswünsche der Chef- und Repräsentationsetage“ erfüllt worden, sagte Dahm.

Wenn Fehler gemacht oder Straftaten begangen worden seien, müsse dies künftig verhindert werden, sagte **Simon Rock** (Grüne). Der Finanzminister habe einen „Fünf-Punkte-Plan“ vorgelegt. Jeder einzelne Punkt sei wichtig. Rock nannte unter anderem die externe Untersuchung durch eine Wirtschaftsprüfungskanzlei. Die Bürgerinnen und Bürger erwarteten zu Recht eine zügige, gründliche und schonungslose Aufklärung: „Ich bin mir vollkommen sicher: Die wird es geben.“

**Dr. Hartmut Beucker** (AfD) kritisierte mit Blick auf die Vorwürfe, dass viel mehr bei einem Bauherrn nicht „schieflaufen“ könne. Es gebe offene Fragen und Anzeichen für klar fehlerhaftes Verhalten. Interne Kontrollen hätten nicht gegriffen. Ein großer Schaden für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sei sehr wahrscheinlich. Der Bericht der Innenrevision sei eine gute Grundlage für die weitere Aufklärung. Aus dem Ergebnis müssten Konsequenzen gezogen werden.

Finanzminister **Dr. Marcus Optendrenk** (CDU) betonte, Geschädigte seien der BLB, das Land sowie die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Es werde mit allen Mitteln des Rechtsstaates umfassend aufgeklärt. In Nordrhein-Westfalen werde keine Korruption geduldet. „Wir schaffen Transparenz“, betonte der Minister. Zugleich gehe es darum, mögliche Schwachstellen aufzudecken, damit sich ein solcher Fall nicht wiederhole. Die Landesregierung habe das Parlament von Anfang an umfassend informiert.

tob, zab, wib



Foto: Schälte

## NS-Sondergerichte

29.1.2025 – Die Landesregierung soll „angemessene Formen“ des Gedenkens an die Opfer der NS-Sondergerichte entwickeln. Ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP (18/12568) wurde einstimmig angenommen. Die Gerichte hätten der Gleichschaltung im Nationalsozialismus gedient, heißt es im Antrag. Standorte im heutigen Nordrhein-Westfalen seien Düsseldorf, Essen, Köln, Dortmund, Bielefeld, Aachen, Duisburg, Wuppertal und Hagen gewesen. „Unter dem Deckmantel der Justiz wurden (...) Menschen verfolgt, die sich gegen die totalitäre Ideologie und Unterdrückung des NS-Regimes auflehnten“, schreiben die Fraktionen. Viele dieser Menschen seien verurteilt, viele inhaftiert oder hingerichtet worden. Die vorhandenen Gedenkstätten seien „sehr unterschiedlich in ihrer Ausgestaltung“. An der Entwicklung neuer Formen des Gedenkens sollen die „Forschungsstelle Justiz und Nationalsozialismus“, Gerichte an den damaligen Standorten sowie interessierte Juristinnen und Juristen beteiligt werden.

## Rheinisches Revier



Foto: RAG

29.1.2025 – Die SPD-Fraktion fordert, Strukturwandel-Projekte im Rheinischen Revier kurzfristig umzusetzen und so den Verfall von Fördermitteln zu verhindern. Von den für die erste Förderperiode vorgesehenen rund 2 Milliarden Euro seien bisher nur 6 Millionen Euro abgerufen worden, heißt es in dem Antrag (18/12569). Das Rheinische Revier laufe Gefahr, öffentliche Fördermittel in Höhe von 1,89 Milliarden Euro zu verlieren. Dieser Zustand sei nicht hinnehmbar. Wichtige Projekte des Strukturwandels hintanzustellen, erschüttere das Vertrauen der Menschen dauerhaft. Die SPD fordert eine Beschleunigung der Projekte im Strukturwandel und kurzfristig messbare Ergebnisse. Die Landesregierung müsse den Förderprozess grundsätzlich anpassen und beschleunigen und auf diese Weise bereits vor 2023 arbeitsplatzwirksame Strukturfördermaßnahmen umsetzen. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie überwiesen.

## Familienförderung

30.1.2025 – Die AfD-Fraktion fordert gezielte Fördermaßnahmen und Entlastungen für Familien. Ihr hoher „gesellschaftlicher Stellenwert“ müsse ausdrücklich anerkannt werden, heißt es in einem Antrag (18/12554). Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, bedürfe es einer „grundlegenden Reform der Kindertagesbetreuung“. Zudem sollten Unternehmen ermutigt werden, betriebliche Betreuungsangebote einzurichten, und bei der Entwicklung einer familienfreundlichen Arbeitskultur unterstützt werden. Im Bundesrat solle sich die Landesregierung für eine Senkung der Umsatzsteuer auf Artikel des täglichen Kinderbedarfs auf den ermäßigten Satz von 7 Prozent einsetzen. Dies würde die finanzielle Belastung von Familien reduzieren, so die Fraktion. Der Antrag wurde mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

## Jugendämter

30.1.2025 – Mit der Situation der Jugendämter in Nordrhein-Westfalen setzt sich die FDP-Fraktion auseinander. Die Jugendämter stünden „weiterhin vor gravierenden strukturellen Problemen“, heißt es in dem Antrag (18/12559). Der erhebliche Personalmangel und die zunehmende Arbeitsbelastung hätten weitreichende Folgen für den Kinderschutz und die allgemeine soziale Betreuung von Familien. Besonders dramatisch sei die Lage in Ballungsräumen wie dem Ruhrgebiet. Die FDP fordert „einheitliche Standards und effizientere Prozesse“, um strukturelle Defizite zu beheben. Zu diesem Zweck solle die Landesregierung unter anderem eine zentrale Rechtsaufsicht einrichten, um landesweit verbindliche Vorgaben durchzusetzen. Außerdem solle eine digitale Plattform aufgesetzt werden, die freie Plätze in der Jugendhilfe sichtbar mache. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (federführend) überwiesen.

## Eingliederungshilfe

30.1.2025 – CDU und Grüne sprechen sich für finanzielle Entlastungen der Kommunen bei der Eingliederungshilfe aus. Die Sozialleistung erhalten Menschen mit einer Behinderung oder

Menschen, die von einer Behinderung bedroht sind. Die Leistung dient dazu, sich eine individuelle Lebensführung ermöglichen zu können. Die Bundesmittel sollten um jährlich 5 auf 10 Milliarden Euro erhöht werden, heißt es im Antrag der Koalition (18/12563). Zudem sollten die Mittel dynamisiert werden, also bei steigendem Aufwand anwachsen. Allein in den Jahren 2018 bis 2023 seien die Nettoausgaben der Eingliederungshilfe bundesweit um mehr als 8 Milliarden Euro gestiegen. Die Landesregierung solle zudem gemeinsam unter anderem mit den Kommunen, den Landschaftsverbänden sowie den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege den Verwaltungsaufwand bei der Eingliederungshilfe überprüfen und sicherstellen, „dass ein möglichst großer Anteil der Ressourcen direkt den Betroffenen zugutekommt“. Der Antrag wurde bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und FDP angenommen.

## Drohnen und Infrastruktur

30.1.2025 – Die Infrastruktur der unbemannten Luftfahrt sowie der kommerzielle Einsatz von Drohnen sollen gestärkt werden. „Die Drohnenwirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist ein aufstrebender Wirtschaftszweig mit großem Wachstumspotenzial“, heißt es in einem Antrag (18/12564) der Fraktionen von CDU und Grünen, über den die Abgeordneten beraten haben. Eine EU-Verordnung für die unbemannte Luftfahrt sei bereits 2023 in Kraft getreten. Die Landesregierung solle sich beim Bund dafür einsetzen, die EU-Verordnung zeitnah und unbürokratisch in deutsches Recht zu überführen. Sie solle zudem strategische Überlegungen zur unbemannten Luftfahrt vorantreiben. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen angenommen. Dagegen stimmte die SPD bei Enthaltung von FDP und AfD.

## Öffentlicher Nahverkehr

30.1.2025 – Um den öffentlichen Nahverkehr zu fördern, soll sich die Landesregierung für den weiteren Ausbau und die Modernisierung von „Park+Ride-Stationen“ im Verbund mit sogenannten Mobilstationen einsetzen. Dabei solle sie mit den Kommunen und Zweckverbänden zusammenarbeiten. Dies fordern die Fraktionen von CDU, SPD und Grünen in einem gemeinsamen



Foto: de Haar

Antrag (18/12566). Mobilstationen verknüpfen verschiedene Verkehrsmittel an einem Ort. Fahrgäste können dort unter mehreren Angeboten wählen – zum Beispiel öffentliche Verkehrsmittel, Leihfahrräder oder Carsharing. Wichtig sei unter anderem die Barrierefreiheit der Anlagen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP angenommen. Die AfD stimmte dagegen.

## Bürgerrat

31.1.2025 – Der Landtag wird 2026 einen Bürgerrat einsetzen. Das haben die Abgeordneten auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und Grünen beschlossen (18/12567). Gegen den Antrag stimmten FDP und AfD. Das Thema, mit dem sich das Gremium befassen soll, wird noch festgelegt. Bürgerräte gibt es beispielsweise bereits auf kommunaler und Bundesebene. Sie könnten die Akzeptanz demokratischer Prozesse stärken, „weil sie breite gesellschaftliche Gruppen in geschützten Räumen frühzeitig vorbereitend in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen“, heißt es im Antrag. Dem Gremium sollen 80 Personen angehören, die mindestens 16 Jahre alt sind und nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden. Der Bürgerrat soll dem Landtag nach maximal zehnwöchiger Beratung seine Handlungsempfehlungen vorlegen. Seine Arbeit wird zudem wissenschaftlich begleitet und evaluiert.



Foto: Schälte

# Gegen das Vergessen: „Wir müssen wachsam bleiben“

27. Januar 2025 – Während einer gemeinsamen Gedenkstunde im Museum K21, dem früheren Sitz des Landtags im Ständehaus, haben Parlament und Landesregierung an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert. Anlass war die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau vor auf den Tag genau 80 Jahren durch Soldaten der Roten Armee. Im Mittelpunkt stand ein „Generationengespräch“ mit Nachfahren eines Holocaust-Überlebenden.

André Kuper, der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, erinnerte an das Menschheitsverbrechen der Shoah: „Wir gedenken heute, an diesem 27. Januar, der sechs Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden. Wir gedenken der hunderttausendfach ermordeten Sinti und Roma. Wir gedenken all jener Menschen, unschuldiger Kinder, Frauen und Männer, die von den Nationalsozialisten aufgrund ihres Glaubens und ihrer Meinungen, ihrer Kultur und Lebensweise, ihrer körperlichen wie seelischen Verfassung so systematisch wie akribisch diskriminiert und verfolgt, gepeinigt und entrechtet, entmenschlicht und umgebracht worden sind.“

Kuper betonte die Bedeutung des Erinnerns: „Wir erinnern an die Opfer der NS-Diktatur. Immer und immer wieder. (...) Als Bürgerinnen und Bürger, die das Privileg und das große Glück haben, in einem demokratischen, rechtsstaatlichen Deutschland, in einem freien Europa zu leben. Und die den Wunsch in ihren Herzen tragen, dass auch ihre Kinder und Enkelkinder dieses große Glück in ihren Händen halten können.“

Ministerpräsident Hendrik Wüst sagte: „80 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau gedenken wir der Opfer des barbarischen Rassismus, des barbarischen Antisemitismus der Nationalsozialisten.“ Es sei „unerträglich, dass es auch heute wieder immer mehr Antisemitismus gibt, auch bei uns in Deutschland, bei uns in Nordrhein-Westfalen. Es ist unsere Aufgabe und Verantwortung als Demokraten, überall Hass und Hetze, Rassismus und Antisemitismus entgegenzutreten.“

Nordrhein-Westfalen ziehe seine Stärke auch aus seiner Vielfalt. Toleranz und Weltoffenheit gehörten zum Wesenskern dieses Landes. Umso wichtiger sei es, „dass Rassismus, Antisemitismus und jegliche Form der Ausgrenzung keine Chance in unserem Land haben. Wir müssen uns das Unrecht und wie es dazu kam immer wieder vor Augen führen. Es ist unsere Verantwortung, aus der Geschichte zu lernen und jüdisches Leben zu schützen.“

Irith Michelsohn, Vorsitzende der Union Progressiver Juden in Deutschland, betonte in ihrer Ansprache, dass „heute in Nordrhein-Westfalen die größte jüdische Gemeinschaft Deutschlands zu Hause ist“. Dies zeuge davon, „dass über die vergangenen Jahrzehnte ein Vertrauen erwachsen ist, das trotz vieler Erschütterungen trägt“. Das wirksamste Mittel gegen Antisemitismus, so Michelsohn, sei „noch immer die Begegnung mit dem lebendigen Judentum in seiner ganzen Vielfalt“.

## Gespräch mit Nachfahren eines Holocaust-Überlebenden

In einem „Generationengespräch“, moderiert von Sylvia Löhrmann, der Beauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen für die Bekämpfung des Antisemitismus, für jüdisches Leben und Erinnerungskultur, erzählten Nachfahren eines Holocaust-Überlebenden, wie sie mit der Geschichte ihrer Familie umgehen und was Jüdischsein für sie heute bedeutet. Die beiden Schwestern Lea und Joëlle Lewitan sowie ihre Mutter Ilana Lewitan berichteten von

ihren Eltern und Großeltern Alicja und Robert Schmusch, die das Warschauer Ghetto überlebt hatten.

Über Jahrzehnte habe eine Hülle des Schweigens über der Familiengeschichte gelegen, erzählten die drei Frauen. Bekannt gewesen seien nur wenige Fakten, die Schatten vorauswarfen: Fünf Geschwister von Robert Schmusch sowie seine Eltern und Großeltern seien von den Nazis ermordet worden. Erst nach dem Tod von Robert Schmusch begann die Spurensuche. Die Schwestern Lea und Joëlle reisten mit ihren Eltern Ilana und Louis Lewitan nach Warschau, um mehr über die Geschehnisse der Vergangenheit in Erfahrung zu bringen:

Robert Schmusch wuchs in einem kleinen Ort, einem Shtetl, in der Nähe von Warschau auf. Er kämpfte im Zweiten Weltkrieg als polnischer Soldat und wurde 1939 von den Nazis gefangen genommen. Erst wurde er in ein Lager nach Görlitz deportiert, später ins Warschauer Ghetto. „Schreckliches“ habe er erlebt, erzählte Tochter Ilana Lewitan vor rund 200 Gästen im Ständehaus, ohne zu sehr ins Detail zu gehen. Ihr Vater war Zwangsarbeiter. Ihm gelang die Flucht. Er habe sich bei Partisanen in Wäldern und in erbärmlichen Unterschlüpfen versteckt. Nach dem Krieg zog er nach München, wo er eine Familie gründete.

## Emotionale Reise nach Warschau

„Die Geschichte meiner Großeltern ist auch Teil meiner Geschichte“, sagte Enkelin Joëlle Lewitan beim Generationengespräch. In vielen jüdischen Familien herrschten Ängste und „transgenerationale Traumata“ vor, die sich tradierten und in immer neuen Schattierungen zeigten, berichtete die junge Frau, Jahrgang 1999. Sie arbeitet aktuell als wissenschaftliche Assistentin in Wien, macht ihren Master in Klinischer Psychologie und Sozialpsychologie

und hat bereits zum Erbe der Shoah für die dritte Generation geforscht. Für sie selbst sei es eine wertvolle Erfahrung gewesen, sich Ängsten und Traumata zu stellen, statt diese wegzuschieben. „Deswegen war es so wichtig, nach Warschau zu fahren.“

Die Reise habe einen Zugang zum verschlossenen Erbe der Familie ermöglicht, so der Eindruck auch ihrer Schwester. „Extrem emotional“ und „schwer verdaulich“ sei gewesen, was sie erlebten, sagte Lea Lewitan. Warschau beherberge die Leichen von unzähligen Jüdinnen und Juden. „Die ganze Stadt ist ein Begräbnis.“ Aber die Begegnung mit dem Ort habe ihr geholfen, Antworten zur eigenen Herkunft und Identität zu finden.

Begegnungen mit Orten und Menschen seien zentral, um die Erinnerung an den Holocaust wachzuhalten. „Jeden geht die Erinnerung an die Shoah etwas an. Das ist die Aufgabe von uns allen“, sagte Joëlle Lewitan. „Erinnern ist etwas Aktives. Wir müssen wachsam bleiben.“

Zum Abschluss der Gedenkstunde erhoben sich die Gäste in Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus. Der Rabbiner und Kantor der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf, Aaron Malinsky, trug das Klagelied „El Male Rachamim“ für die Opfer der Shoah vor. Auch zu Beginn der Plenarsitzung am 29. Januar gedenkten die Abgeordneten mit einer Gedenkminute den Opfern des Nationalsozialismus. red

## Familiengeschichte

Die Familie Lewitan hat im Rahmen des achteiligen Podcasts „Deutsche Geister“ der Zeitung „Die Zeit“ über die Spurensuche in Warschau berichtet. Über Ilana und ihren Ehemann Louis Lewitan hat der Bayerische Rundfunk die Dokumentation „Das Schweigen“ (2024) gedreht.



Ein Video zur Gedenkfeier findet sich unter <https://lt.nrw/Gedenken>



Landtagspräsident André Kuper mit dem Düsseldorfer Rabbiner und Kantor Aaron Malinsky



Ministerpräsident Hendrik Wüst (l.), Landtagspräsident André Kuper und Irith Michelsohn von der Union Progressiver Juden in Deutschland



NRW-Antisemitismusbeauftragte Sylvia Löhrmann (2.v.l.) mit den Schwestern Lea (l.) und Joëlle (r.) sowie ihrer Mutter Ilana Lewitan (2.v.r.)



Redner bei der Gedenkstunde: Landtagspräsident André Kuper (r.) und Ministerpräsident Hendrik Wüst



Foto: Schälte

## GESETZGEBUNG

# Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksache | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Sechsten Änderung der Landeshaushaltsordnung** | [18/11434](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 29. Januar 2025 | verabschiedet

**Gesetz zur Änderung über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ (WDR-Gesetz)** | [18/9723](#) | FDP | 2. Lesung am 29. Januar 2025 | abgelehnt

**Fünftes Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen** | [18/11265](#), [18/12540](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 29. Januar 2025 | verabschiedet

**Gesetz zur Änderung des Belastungsausgleichsgesetzes G9** | [18/11527](#) (Neudruck) | Landesregierung | 2. Lesung am 29. Januar 2025 | verabschiedet

**Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes NRW Glücksspielstaatsvertrag** | [18/12349](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 29. Januar 2025 | Überweisung an den Innenausschuss

**Fünftes Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen** | [18/10884](#), [18/12683](#) Neudruck | SPD, FDP | 2. Lesung am 30. Januar 2025 | verabschiedet

**Gesetz zur Sicherung von umfassenden Bildungsangeboten und zur Stärkung der Qualität von Schule (17. Schulrechtsänderungsgesetz)** |

[18/12001](#) | Landesregierung | Ausschuss für Schule und Bildung | in Beratung

**Gesetz zur Einführung digitaler Bürgerbeteiligung** | [12025](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

**Ausführungsgesetz zu § 47 Absatz 1b des Asylgesetzes** | [18/12026](#) | FDP | Integrationsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Neuordnung von Landesoberbehörden und zur Anpassung von Rechtsvorschriften für die Geschäftsbereiche des Ministeriums für Landwirtschaft und Verbraucherschutz und des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen** | [18/11261](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Landeskinderschutzgesetzes** | [18/10933](#) | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

**Gesetz über die Errichtung des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen sowie zur Novellierung landesrechtlicher Vorschriften über den öffentlichen Gesundheitsdienst und den Arbeitsschutz** | [18/10841](#) Neudruck | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Gesetz über die unabhängige Polizeibeauftragte oder den unabhängigen Polizeibeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen** | [18/9606](#) | CDU und Grüne | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung nordrhein-westfälischer Ausführungsgesetze zum SGB VIII** | [18/9770](#) | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen** | [18/9155](#) | SPD, FDP | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung** | [18/7762](#) | FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen** | [18/5834](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung betreffend Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung** | [18/4278](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Eine Übersicht zur aktuellen Gesetzgebung finden Sie unter: <https://lt.nrw/Gesetzgebung>



## SCHWERPUNKT

# Gewalt gegen Gesundheitspersonal

15. Januar 2025 – Es passiert in Arztpraxen, in Krankenhäusern: Mitarbeitende werden bespuckt, beschimpft, geschlagen. Die Gewalt gegen Beschäftigte im Gesundheitswesen nehme zu, heißt es einem Antrag der FDP-Fraktion. Das sei nicht hinnehmbar. Sachverständige haben sich in einer Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales dazu geäußert.

Die Landesregierung solle sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Arztpraxen besser geschützt werden, heißt es im Antrag (18/10531). Hintergrund ist eine geplante Änderung des Strafgesetzbuchs – mit dem Ziel, den Schutz „von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften sowie sonstigen dem Gemeinwohl dienenden Tätigkeiten“ zu stärken. Arztpraxen sollten ebenfalls aufgenommen werden, so die FDP-Fraktion. Um Gewalt vorzubeugen, solle die Landesregierung zudem Umbauten in Kliniken und Praxen fördern sowie eine „Respektkampagne für Beschäftigte im Gesundheitswesen“ entwickeln. Die steigenden Gewaltzahlen seien eine „klare Handlungsaufforderung für die Landespolitik“.

## „Erhebliches Konfliktpotenzial“

Der Antrag beschreibe „leider sehr eindrücklich die Realität in den Gesundheitseinrichtungen“, heißt es in der schriftlichen Stellungnahme der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe für den Ausschuss: „Die zunehmenden Gewaltakte gegenüber Ärztinnen, Ärzten, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie dem Praxispersonal sind besorgniserregend.“ Eine „Blitzumfrage“ unter Mitgliedern habe „ein düsteres Bild über die Geschehnisse in der ambulanten Versorgung“ gezeichnet. 750 hätten sich beteiligt. Fast ein Viertel habe aufgrund verbaler oder körperlicher Gewalt schon einmal darüber nachgedacht, ihre Praxis aufzugeben. Rund 20 Prozent hätten angegeben, „dass sie wegen Gewalterfahrungen in der Praxis Probleme haben, ausreichend Personal zu finden“.

Ähnlich äußerte sich die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein: „Wir fordern von der Politik, dass Gewalt in Praxen und Krankenhäusern mit dem gleichen strafrechtlichen Maß bewertet und geahndet wird wie bei Übergriffen gegen Polizei und Rettungsdienst.“ Insbesondere im ärztlichen Bereitschaftsdienst und den zugehörigen Notdienstpraxen könne ein „erhebliches Konfliktpotenzial aufgrund der akuten Behandlungssituation und entsprechenden Erwartungen“ bestehen.

Mögliche Gründe der gestiegenen Gewaltbereitschaft seien einer Umfrage der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) zufolge unter anderem „ein gestiegenes Anspruchsdenken, insbesondere hinsichtlich einer zeitnahen Terminvergabe, und eine teils zu hohe Erwartungshaltung an Diagnostik und Therapie“.

Der Hausärztinnen- und Hausärzterverband Westfalen-Lippe wies ebenfalls auf die KBV-Umfrage hin. 80 Prozent der Befragten hätten im Jahr 2023 Beschimpfungen, Beleidigungen oder Drohungen erlebt – in der Praxis, aber auch am Telefon oder im Internet. 43 Prozent seien in den vergangenen fünf Jahren körperlich attackiert worden: „Die Fälle reichen von Tritten gegen das Schienbein, Schubsen und Spucken bis hin zu schweren Angriff-

fen.“ Ein Drittel der Praxen habe aufgrund der zugenommenen Gewalt Vorkehrungen getroffen – zum Beispiel Notrufsysteme installieren lassen, potenziell gefährliche Gegenstände wie Vasen, Scheren oder Brieföffner entfernt, durch Umbauten Fluchtwege geschaffen oder das Personal entsprechend geschult.

Das Klinikum Leverkusen betonte in seiner Stellungnahme, dass Gewalt gegenüber Beschäftigten im Gesundheitswesen „in alarmierendem Maße“ zunehme. Unerlässlich seien Präventionsmaßnahmen, zum Beispiel regelmäßige Schulungen für das gesamte Personal zu Konfliktbewältigung, Deeskalationstechniken und Selbstschutz, Notfallpläne für akute Situationen und räumliche Sicherheitskonzepte.

Die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen, ein Zusammenschluss der Spitzenverbände und Klinikträger, spricht von einer „perfiden Entwicklung“ und unterstützt ebenfalls die Forderungen der FDP-Fraktion. Es sei nicht nur respektlos, sondern „in jeder Hinsicht verachtend, Pflegefachpersonen und Ärztinnen oder Ärzte anzugreifen“. Gewaltprävention und der Umgang mit



Foto: Spotmatik Ltd-Shutterstock

Gewaltvorfällen bräuchten die Aufmerksamkeit des Managements: „Null Toleranz für Gewalt muss ein essenzieller Teil der Unternehmenskultur sein. Und dies sollte unmissverständlich für alle Patientinnen und Patienten, Besucherinnen und Besucher kommuniziert werden.“

Der Antrag der FDP-Fraktion sei „im Grundsatz zu begrüßen“, heißt es in der Stellungnahme des Elisabeth-Krankenhauses Essen. Er bedürfe jedoch einer „Konkretisierung und Vertiefung“. Neben baulichen Maßnahmen sollte auch die Finanzierung von Präventionsbeauftragten, Schulungen und Sicherheitsdiensten gefördert werden. Eine „Respektkampagne“ könne ergänzend erwogen werden. Es bleibe aber zu bedenken, „dass sich eine gewalttätige Eskalation im Krankenhaus in der Regel in akuten gesundheitlichen Krisensituationen manifestiert“. Hintergrund sei die „emotional stark belastete, mitunter lebensbedrohliche Krisensituation“ der Patientinnen und Patienten sowie ihrer Angehörigen. Sie gehe einher mit Hilflosigkeit, Angst, Trauer und Schmerzen. Träfen diese Stressfaktoren „auf Menschen mit zusätzlichen Risiken und damit verminderter Einsichtsfähigkeit bzw. fehlenden Bearbeitungsstrategien, steigt das Gewaltpotenzial“.

### Eskalation in Klinik

Wie eine solche Situation innerhalb weniger Minuten eskalieren kann, habe das Klinikpersonal in Essen im September 2024 erlebt. Nach der Notfallversorgung eines schwerstkranken Patienten seien bei der Überbringung der Todesnachricht mehrere Angehörige in die Behandlungsräume eingedrungen. Sie hätten Mobiliar und medizinische Apparate zerstört und sieben Mitarbeitende des ärztlichen und pflegerischen Personals körperlich massiv angegriffen.

zab

Eine Übersicht über alle eingegangenen Stellungnahmen finden Sie [hier](#).



## Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen



**Marco Schmitz**  
(CDU)



### Gewalt im Gesundheitswesen ...

Gewalt im Gesundheitswesen ist ein zunehmendes Problem, das nicht nur das Sicherheitsgefühl der Beschäftigten gefährdet, sondern auch die Versorgung der Patientinnen und Patienten beeinträchtigt. Wir müssen konsequent handeln, um Übergriffe zu verhindern und sowohl präventive Maßnahmen als auch besseren Schutz in Einrichtungen zu fördern.



**Christina Weng**  
(SPD)



Gewalt im Gesundheitswesen ist inakzeptabel. Menschen, deren Beruf es ist, anderen Menschen zu helfen, verdienen unseren Respekt und sollten sich an ihrem Arbeitsplatz nicht fürchten müssen.



**Meral Thoms**  
(Grüne)



Gewalt im Gesundheitswesen ist völlig inakzeptabel. Wir haben schon 2023 eine parlamentarische Initiative auf den Weg gebracht, um Gesundheitseinrichtungen bestmöglich zu unterstützen. So haben wir den Runden Tisch „Gemeinsam gegen Gewalt und Diskriminierung im Gesundheitswesen“ initiiert, um den fachlichen Austausch über Best-Practice-Beispiele zu Gewaltschutz und Antidiskriminierung zu stärken.



**Susanne Schneider**  
(FDP)



Gewalt im Gesundheitswesen nimmt seit Jahren zu. Neun von zehn Pflegenden berichten von Gewalterfahrungen. In anderen Bereichen des Gesundheitswesens sieht es leider nicht besser aus. Aggressionen beschränken sich nicht nur auf verbale Entgleisungen, sondern eskalieren häufig auch zu tätlichen Übergriffen. Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind besonders von rassistischen Angriffen betroffen. Dies ist nicht hinnehmbar!



**Dr. Martin Vincenz**  
(AfD)



Gewalt im Gesundheitswesen ist ein ernstes gesellschaftliches Problem, das den Schutz von Beschäftigten und Patienten gleichermaßen betrifft. Besonders im Zusammenhang mit steigender Zuwanderung müssen kulturelle Unterschiede stärker berücksichtigt und Konfliktpotenziale frühzeitig erkannt werden. Klare gesetzliche Maßnahmen und eine konsequente Strafverfolgung sind unerlässlich, um Sicherheit zu gewährleisten.

## Gewalt im Gesundheitswesen

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

### Arztpraxen und Krankenhäuser ...

Arztpraxen und Krankenhäuser sollten sichere Orte für alle sein. Es braucht klare Schutzkonzepte, Schulungen und schnelle Unterstützung bei Übergriffen. Gewalt darf weder toleriert noch relativiert werden, denn nur in einem geschützten Umfeld kann medizinische Versorgung gelingen.

Arztpraxen und Krankenhäuser sind Orte, in denen Beschäftigte sowie Patientinnen und Patienten respektvoll behandelt werden. Leider kommt es dennoch immer wieder zu Gewalttaten. Daher sollten zum Beispiel präventiv entsprechende bauliche Maßnahmen getroffen werden, um für ausreichenden Schutz aller Beteiligten zu sorgen.

Arztpraxen und Krankenhäuser sind sensible Orte, an denen es leider regelmäßig zu Gewaltvorfällen kommen kann und die daher systematisch bei der Gewaltprävention unterstützt werden müssen. Gewaltschutzkonzepte sollten fester Bestandteil der Organisationsentwicklung sein und aktiv vom Management vorangetrieben werden.

Arztpraxen und Krankenhäuser sind immer wieder Orte von Gewalterfahrungen. Um Gewaltausbrüche zu verhindern oder einzudämmen, sind bauliche Maßnahmen wie Informationstafeln zu Wartezeiten, Notrufschalter und erhöhte Tresen an der Patientenmeldung hilfreich. Diese Maßnahmen müssen aber auch von der Landesregierung gefördert werden. Für das Personal sollten Deeskalationstrainings angeboten werden.

Arztpraxen und Krankenhäuser müssen sichere Orte bleiben, an denen medizinische Versorgung ohne Angst vor Übergriffen möglich ist. Der Schutz von Beschäftigten und Patienten erfordert mehr Sicherheitskräfte, klare Notfallkonzepte und überdachte Zugangsregelungen. Präventive Maßnahmen wie moderne Sicherheitstechnologien und Schulungen für Personal tragen dazu bei.

### Beschäftigte ...

Beschäftigte leisten jeden Tag Herausragendes, oft unter großem Druck. Umso wichtiger ist es, dass sie vor Gewalt geschützt werden und Unterstützung erfahren – sei es durch verbesserte Arbeitsbedingungen, klare Meldewege oder den Ausbau von Sicherheitsmaßnahmen in ihren Arbeitsstätten.

Beschäftigte im Gesundheitswesen sorgen dafür, dass kranke Menschen so schnell wie möglich wieder gesund werden. Das muss jede und jeder auch in oftmals schwierigen emotionalen Situationen bedenken. Wir alle müssen auf einen respektvollen Umgang achten und diesen wahren.

Beschäftigte sind das Rückgrat unseres Gesundheitssystems und verdienen einen umfassenden Schutz vor jeglicher Form von Gewalt, sei es psychische, körperliche, sexualisierte oder rassistische Gewalt. Wichtig ist, dass Betroffene niedrigschwellige Unterstützung erhalten – etwa durch klare Meldewege, konkrete Ansprechpersonen und Angebote zur psychologischen Vor- und Nachsorge.

Beschäftigte leiden unter den Gewalterfahrungen. Nach diesen schrecklichen Vorfällen erkranken sie oder wechseln gar den Beruf. Der Trend der Gewaltzunahme gefährdet damit auch die Versorgungssituation – und das in Zeiten, in denen der Fachkräftemangel im Gesundheitswesen akut ist. Arztpraxen sollten auf Bundesebene in das Gesetz zum Schutz von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften aufgenommen werden.

Beschäftigte im Gesundheitswesen verdienen Respekt und Anerkennung für ihre Arbeit. Angriffe auf sie sind strafrechtlich zu verfolgen und durch präventive Maßnahmen wie Schulungen und Sicherheitsstandards zu verhindern. Auch eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit und psychologische Betreuung nach Übergriffen sind essenziell.

### Patientinnen und Patienten ...

Patientinnen und Patienten verdienen eine hochwertige Versorgung und ein respektvolles Miteinander. Gegenseitige Wertschätzung ist der Schlüssel, um Konflikte zu vermeiden. Wichtig ist aber auch, dass Patienten für die Herausforderungen im Gesundheitswesen sensibilisiert werden.

Patientinnen und Patienten haben die bestmögliche medizinische Versorgung verdient. Diese erhalten sie von den gut ausgebildeten Beschäftigten im Gesundheitswesen in NRW. Diesen Beschäftigten muss dafür von allen der notwendige Respekt und eine angemessene Achtsamkeit im Umgang entgegengebracht werden.

Patientinnen und Patienten können ebenfalls Opfer von Gewalt werden, sei es durch andere Patientinnen und Patienten oder auch Beschäftigte. Entscheidend ist, dass schnelle Hilfen, z. B. Beratungsangebote, bereitstehen.

Patientinnen und Patienten müssen wie alle Akteure im Gesundheitswesen besser für die Gewalt-Problematik sensibilisiert werden. Als Präventionsmaßnahme fordern wir daher eine Kampagne in den Sozialen Netzwerken, um für mehr Respekt gegenüber Beschäftigten im Gesundheitswesen zu werben. Gerade in Fällen sexualisierter Gewalt insbesondere gegenüber jungen Frauen ist das Dunkelfeld sehr groß. Hier ist mehr Aufklärung nötig.

Patientinnen und Patienten haben ein Recht auf medizinische Versorgung in einer sicheren Umgebung. Gewalt untergräbt das Vertrauen ins System und erfordert konsequente Prävention. Konfliktmanagement und die Vernetzung mit sozialen Diensten können helfen, angespannte Situationen wie durch hohe Patientenzahlen oder Sprachbarrieren zu entschärfen.

# AUS DEN FRAKTIONEN

## „Jetzt ist genau der richtige Zeitpunkt für diese Enquetekommission“

Wie kann Künstliche Intelligenz das Leben der Menschen in Nordrhein-Westfalen verbessern? Dieser Frage widmet sich die Enquetekommission IV, die jetzt unter dem Vorsitz von Björn Franken (CDU) und Franziska Müller-Rech (FDP) ihre Arbeit aufgenommen hat: „Künstliche Intelligenz – Für einen smarten Staat in der digitalisierten Gesellschaft“. Was Kalifornien heute für die USA ist, wollen wir für ganz Europa werden. Die Kommission soll dafür die Grundlage liefern.

„Jeder von uns merkt tagtäglich, dass KI unseren Lebensalltag erreicht hat und dass es eine Technologie ist, die unser Leben nachhaltig prägen wird. Sei es bei den Assistenzsystemen im Auto, den Sprachmodellen, die uns im Büroalltag begleiten oder im Bildungsbereich das Lernen unterstützen, oder auch bei Diagnoseverfahren, die zum Beispiel dabei hel-



Annika Fohn (CDU)

Foto: Steffi Ratzke

fen, Krebs frühzeitig zu erkennen“, sagt Annika Fohn, Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion in der Enquetekommission. „Gleichzeitig befinden wir uns internati-

onal in einem Wettbewerb, bei dem wir mit unseren Potenzialen in Nordrhein-Westfalen – mit unserer starken Forschungs-, Hochschul- und Wirtschaftslandschaft – klar punkten können. Ich bin der Meinung, dass deshalb jetzt genau der richtige Zeitpunkt ist, um diese Enquetekommission einzusetzen. Denn eine Technologie, die sich so rasant weiterentwickelt, muss frühzeitig politisch begleitet werden. Daher ist das Ziel, eine Strategie für das Land Nordrhein-Westfalen zu entwickeln, die sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet sowie innovationsförderliche Rahmenbedingungen schafft.“



## Verantwortung in Krisenzeiten: NRW muss funktionieren



Jochen Ott, Vorsitzender der SPD-Fraktion, leitet die Diskussion auf der Klausurtagung ein.

Die politischen Herausforderungen bleiben auch im neuen Jahr groß: Das Zutrauen der Menschen in Staat und Demokratie bröckelt – vor allem dort, wo die staatliche Infrastruktur als unzureichend und der Staat nicht mehr als voll handlungsfähig wahrgenommen werden.

forderungen berufstätiger Familien gerecht zu werden. Denn Familien sind das Fundament für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dafür braucht es zum Beispiel eine Neuaufgabe des erfolgreichen Programms „Gute Schule 2020“ und eine auskömmliche Finanzausstattung der

Zum Auftakt des Jahres haben wir als Fraktion daher auf einer zweitägigen Klausurtagung in Düsseldorf diskutiert, was in Nordrhein-Westfalen dagegen unternommen werden muss. Unter dem Leitsatz „NRW muss funktionieren“ haben wir unsere Positionen zusammengefasst.

NRW muss funktionieren – das bedeutet für uns: Der Staat muss in der Lage sein, den alltäglichen An-

Kommunen, um NRW zukunftsfähig zu machen. Unter anderem mit einem Transformationsfonds, der unternehmerische Zukunftsinvestitionen fördert, wollen wir NRW als Wirtschaftsstandort stärken und Arbeitsplätze sichern. Für ein gutes Leben in einer lebenswerten Nachbarschaft braucht es bezahlbaren Wohnraum und eine nachhaltige Mobilität sowie unter anderem eine vorbeugende Sozialpolitik, um jeder Familie in NRW ein sicheres Zuhause zu ermöglichen. Darüber hinaus wollen wir den Bildungsaufstieg für unsere Kinder wieder staatlich organisieren – zum Beispiel mit kostenloser Bildung von Anfang an für mehr Chancengleichheit.



## Wir stehen an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer

Drei Jahre. Drei Jahre Krieg mitten in Europa. Zum dritten Mal jährt sich in diesem Februar der Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die gesamte Ukraine. Drei Jahre, in denen Menschen um ihr Leben und das ihrer Liebsten bangen, in denen Menschen ihr Zuhause verloren haben.

Als Grüne Landtagsfraktion stehen wir weiterhin fest an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer sowie ihrem Kampf für Frieden in Freiheit. Wir danken allen, die sich aus Nordrhein-Westfalen für die Geflüchteten und die Menschen in der Ukraine engagieren. Wie ungebrochen das Engagement ist und wie viel es vor Ort in der Ukraine bewirkt, darüber haben sich einige unserer Abgeordneten beim Verein „Blau-Gelbes Kreuz“ informiert und auch selbst sogenannte

Rescue Backpacks gepackt. „Wir bekommen unzählige Anfragen. Denn es gibt keinen sicheren Ort in der Ukraine“, erklärt Julia Chenusha vom „Blau-Gelbes Kreuz“.



Die Rucksäcke enthalten Medikamente und medizinische Produkte. „Sie machen die Brutalität des Krieges greifbar“, sagt Eileen Woestmann, die bereits mehrfach in der Kölner Spendenhalle vor Ort war. „Gleichzeitig ist es gut zu wissen, dass durch Spenden und das Engagement dazu beigetragen werden kann, Menschen zu retten“, ergänzt Laura Postma, die den jüngsten Packtag für unsere Fraktion mitorganisiert hat.



## Warnhinweise für Bücher und Sendungen – Gebauer (FDP): „Angriff auf die freie Meinungsbildung“

Die Stadtbücherei Münster machte vor Kurzem mit sogenannten „Einordnungshinweisen“ in Büchern auf sich aufmerksam. Die Einrichtung versieht bestimmte Bücher mit Aufklebern, die deren Inhalte als potenziell nicht mit den Grundsätzen einer demokratischen Gesellschaft vereinbar deklarieren.

Yvonne Gebauer, kulturpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion NRW, verurteilt diese Praxis: „Wehret den Anfängen! Diese Warnhinweise sind Ausdruck einer bedenklichen Tendenz, die Mündigkeit der Bürger zu untergraben und öffentliche Einrichtungen zu Instrumenten moralischer Bevormundung umzufunktionieren. Was die ARD bei Kultklassikern wie



Yvonne Gebauer

„Ein Herz und eine Seele“ oder der WDR mit Warnhinweisen vor alten Otto-Shows bereits praktizieren, hält nun Einzug in unsere Bibliotheken. Das ist ein Schlag gegen die freie Meinungsbildung und eine Gefahr für unsere Demokratie!“ Statt die Menschen in ihrer Selbstständigkeit zu stärken, werden sie bevormundet. „Öffentliche Bibliotheken haben den Anspruch, Vielfalt und Pluralität zu spiegeln – selbst bei kontroversen oder unbequemen Themen“, erklärt Gebauer.

Kritik an dieser Praxis kommt auch von den Stadtbüchereien Düsseldorf, die betonen, dass ihr Bestand die Interessen der Nutzer abbildet und nicht die Meinung der Leitung widerspiegelt. Gebauer sieht dies als Vorbild: „Es

geht auch anders. Man vertraut auf das Urteilsvermögen der Leser, anstatt ihnen Vorgaben zu machen. Der Diskurs über kontroverse Werke gehört zu den Grundfesten einer wehrhaften Demokratie. Die Freiheit der Information darf nicht durch überzogene Warnhinweise ausgehöhlt werden.“

Die Liberale fordert die Verantwortlichen auf, die Praxis der Einordnungshinweise kritisch zu überdenken und stattdessen die Prinzipien der Meinungsfreiheit und Vielfalt zu verteidigen. „Mit zwei Büchern fängt es an. Doch was ist der nächste Schritt? Eine Liste der ‚erlaubten‘ Inhalte? Unsere Demokratie ist stark genug, auch kontroverse Ansichten auszuhalten – und genau das macht sie aus“, so Gebauer abschließend.



## Das Ende der Brandmauer

Der 29.01.2025 war ein historischer Tag für Deutschland: Die Brandmauer ist gefallen. Mit Hilfe der AfD beschloss der Bundestag eine Wende in der völlig verkorksten Migrationspolitik. Das Konstrukt, mit dem gegen den Wählerwillen linke Parlamentsmehrheiten gesichert wurden, ist Geschichte.

Der Bürger sieht klar und deutlich: Nötige Änderungen gibt es nur mit der AfD. Entsprechend groß ist nun das mediale Geschrei von SPD, Grünen und anderen Linken. Was die linke Seite des politischen Spektrums dabei vergisst: Genauso funktioniert Demokratie. Demokratie ist die Herrschaft des Volkes und nicht die Herrschaft linker Politfunktionäre.

Daher ist der 29.01.2025 nicht nur ein guter Tag für Deutschland, sondern auch und gerade für die Demokratie.



# Grundpfeiler der Demokratie – am 23. Februar ist Bundestagswahl

Januar 2025 – Wegen des Scheiterns der Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP findet am 23. Februar 2025 die vorgezogene Wahl zum Deutschen Bundestag statt. Erstmals gilt dabei die 2023 beschlossene Wahlrechtsreform mit dem Ziel, das Parlament insgesamt zu verkleinern. Die Zahl der Abgeordneten wird auf 630 begrenzt.

## Wie viele Wahlberechtigte gibt es?

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts sind rund 59 Millionen Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, an der Wahl teilzunehmen. Davon sind 30,6 Millionen Frauen und 28,6 Millionen Männer. Rund 3,9 Prozent (2,3 Millionen) sind potenzielle Erstwählerinnen und Erstwähler. Hinzu kommen noch Wahlberechtigte, die gänzlich oder überwiegend im Ausland leben, wodurch die Zahl der Wahlberechtigten insgesamt höher ist.

## Wie viele Stimmen haben die Wählenden?

Jede/Jeder Wahlberechtigte hat zwei Stimmen. Mit der ersten Stimme wird eine Kandidatin oder ein Kandidat aus dem jeweiligen Wahlkreis gewählt. Bundesweit gibt es insgesamt 299 Wahlkreise.

Mit der Zweitstimme wird die Landesliste einer Partei gewählt.

## Warum wurde das Wahlrecht reformiert?

Ziel der Reform war, den Deutschen Bundestag zu verkleinern. Zwar gab es auch nach altem Wahlrecht eine gesetzliche Regelgröße von 598. Aufgrund der sogenannten Überhang- und Ausgleichsmandate kam es aber zu teils erheblichen Schwankungen. Zuletzt gehörten dem Bundestag mehr als 730 Abgeordnete an.

## Welche Auswirkungen hat die jüngste Wahlrechtsreform auf die Wahl?

Nach dem neuen Wahlrecht ist für die proportionale Zusammensetzung des Bundestags allein das Ergebnis der Zweitstimmen maßgeblich. Überhang- und Ausgleichsmandate gibt es nicht mehr.

Zunächst wird errechnet, wie viele der insgesamt 630 Sitze einer Partei bundesweit nach ihrem Anteil an den Zweitstimmen zustehen. Dann werden diese Sitze auf die Landeslisten der jeweiligen Partei verteilt. Es wird also ermittelt, wie viele Sitze der jeweiligen Partei in einem Bundesland zustehen.

Die Kandidatinnen und Kandidaten der jeweiligen Partei, die über die Erststimme in einem Wahlkreis gewonnen haben, werden nun nach ihrem Stimmenanteil gereiht. Ihnen werden dann die der Partei zustehenden Sitze in dem Bundesland zugeteilt – und zwar in der Reihenfolge ihrer Ergebnisse bei den Wahlkreisstimmen, beginnend mit dem besten Ergebnis.

Wenn der Partei darüber hinaus weitere Sitze zustehen, werden diese über die Landesliste vergeben.

Umgekehrt ist es möglich, dass erfolgreiche Wahlkreisbewerberinnen und -bewerber mit schwächeren Erststimmenergebnissen trotzdem kein Mandat erhalten, wenn das Sitzkontingent insgesamt nicht ausreicht.

Es zieht also nur diejenige oder derjenige Wahlkreis Kandidatin/-kandidat in den Bundestag ein, die oder der die meisten Erststimmen erhalten hat – und wenn dieser Sitz zudem durch die Zweitstimmen gedeckt ist. Das nennt man Zweitstimmendeckung.

Diese Zweitstimmendeckung des neuen Wahlrechts war im vergangenen Sommer vom Bundesverfassungsgericht gebilligt worden.

## Was gilt für die Fünf-Prozent-Hürde?

Dagegen verstößt die Neuregelung der Fünf-Prozent-Hürde mit der geplanten Abschaffung der sogenannten Grundmandatsklausel laut Verfassungsgericht gegen das Grundgesetz. Bis auf Weiteres gilt daher die alte Regelung: Demnach zieht auch eine Partei, die weniger als fünf Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinen konnte, in den Bundestag ein, wenn sie mindestens drei Direktmandate erreicht hat.

## „Deine Stimme für Demokratie“



Präsident André Kuper (2.v.r.), Vizepräsidentin Berivan Aymaz sowie die Vizepräsidenten Rainer Schmelzer (r.) und Christof Rasche

Fotos: Schälte

Stimmzettel  
**Sie haben 2 Stimmen**  
 hier 1 Stimme für die Wahl eines/einer Wahlkreis-abgeordneten  
**Erststimme**  
 hier 1 Stimme für die Wahl einer Landesliste (Partei) – maßgebende Stimme für die Vergebung der Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien –  
**Zweitstimme**

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen sowie seine Vizepräsidentin und seine Vizepräsidenten rufen zur Beteiligung an der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 auf:

„Rund 12,6 Millionen Menschen sind in Nordrhein-Westfalen aufgerufen, ihre Stimme bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 abzugeben. Das sind ungefähr 1/4 aller Wahlberechtigten in ganz Deutschland. Das zeigt: Unser Bundesland hat Einfluss.

Wir haben einen großen Anteil daran, wohin sich die Zukunft unseres Landes entwickelt.

Unsere Gesellschaft, unser Zusammenleben beruht darauf, dass wir uns als Gemeinschaft für den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt einsetzen; dass wir in Freiheit leben; dass jeder Mensch stets seine Meinung sagen darf. Diese demokratischen Errungenschaften gilt es zu verteidigen – jeden Tag aufs Neue.

Wir bitten Sie: Leben Sie Demokratie – in der Familie, im Verein, beim Ehrenamt – aber auch am Wahltag. Bringen Sie sich ein. Nutzen Sie Erststimme und Zweitstimme. Machen Sie Ihre Kreuze!“

## Porträt: Carlo Clemens (AfD)

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Carlo Clemens von der AfD. Der 35-Jährige aus Bergisch Gladbach ist unter anderem Sprecher seiner Fraktion für Bauen und Wohnen.

Carlo Clemens ist ein Mann der ersten Stunde bei der AfD. Im Herbst 2013, ein halbes Jahr nach Gründung der Partei, unmittelbar nach der Bundestagswahl, tritt er, damals 24 Jahre alt, ein. Auslöser ist eine Podiumsdiskussion an der Universität zu Köln, wo er Geschichte und Deutsch auf Lehramt studiert.

Beeindruckt sei er gewesen, dass der Studierendenausschuss auch die AfD eingeladen hatte. „Das fand ich stark.“ Dann aber sei die AfD eingeladen worden. „Ich habe nachgefragt. Die Antwort nach dem Motto ‚Die wollen wir hier nicht‘ fand ich so unfair, dass ich zum Kölner Kreisverband der AfD gegangen bin und gesagt habe: ‚Ich will gar nicht bei euch eintreten. Ich helfe euch beim Wahlkampf und dann bin ich weg.‘“ Aus diesem „dann bin ich weg“ seien mittlerweile fast zwölf Jahre geworden.

In der noch jungen Partei und ihrer damaligen Jugendorganisation, der Jungen Alternative, steigt Clemens schnell auf: Nach Stationen als Pressesprecher in zwei Kreisverbänden ist er von 2017 bis 2021 Landesvorsitzender der Jungen Alternative NRW, von 2021 bis 2022 ihr Bundesvorsitzender. Im Mai 2022 zieht er über die Landesliste der AfD in den Land-

tag ein. Einen Monat später wird er als Beisitzer in den AfD-Bundesvorstand gewählt, tritt allerdings 2024 bewusst nicht mehr an: „Beim Bundesvorstand geht es um die ganz großen Linien. Für mich erfüllender ist die Arbeit unten an der Basis“, erklärt er.

### Konservative Positionen

Clemens – in Jeans, blau-weiß gestreiftem Hemd und dunkelgrünem Sakko mit buntem Einstecktuch – vertritt dezidiert konservative Positionen: „Bereits in der Schule habe ich hart mit meinen Politiklehrern diskutiert. Es war schon so, dass man damit gegen den Strom geschwommen ist. Man war nicht ‚everybody’s darling.‘“

Sein politischer Weg ist bemerkenswert: Seine Mutter ist in den 1980er-Jahren von den Philippinen nach Deutschland eingewandert, sein Vater ist in Deutschland geboren. In seinem Migrationshintergrund und seinem Mandat für die AfD sieht er keinen Widerspruch: „Ich habe nie Diskriminierung erfahren. Im Gegenteil: Wir haben viele andere Parteipräsidenten mit Migrationshintergrund. Und auch an Infoständen kommen viele Menschen mit Migrationshintergrund auf mich zu und

sagen: ‚Wir finden es gut, was ihr macht. Ihr habt doch Recht.‘ Insofern sehe ich keinen Widerspruch darin, einerseits eine restriktive Migrationspolitik zu fordern, andererseits aber auch viele Menschen mit Migrationshintergrund trotzdem für die AfD gewinnen zu können.“

Carlo Clemens ist Teil der Opposition und sieht sich als sachlichen Typ: „Ich bin kein Lautsprecher, keine Rampensau. Mir ist sehr wichtig, dass ich als zuständiger Fachpolitiker eingearbeitet bin. Ich möchte substanziell etwas zu den Themen beitragen und nicht maximal konfrontativ auftreten. Ich versuche, die Leute mit Argumenten zu überzeugen.“ Auch deshalb wünscht er sich einen „sachlicheren Umgang“ mit der AfD und ihren Themen.

Als Sprecher der AfD für Bauen und Wohnen liegt dem Abgeordneten Clemens die Schaffung von bezahlbarem Wohn-

raum, besonders von Wohneigentum für junge Familien am Herzen. Aber auch das Thema Baukultur interessiert den Historiker. Den Städtebau in Deutschland empfinde er als hässlich, die Architektur weitgehend als seelenlos und eintönig. „Ich wage zu behaupten, dass sich Menschen mit einem schönen Stadtbild stärker identifizieren als mit einem monotonen“, sagt er. Wünschen würde er sich daher zeitgemäßes Bauen in Verbindung mit regionaler Baukultur und Tradition.

### Entspannung im Naturgarten

Gefragt, wie er als zweifacher Vater Kinder, Partnerschaft und Politik unter einen Hut bringt, antwortet er: „Die Zeit mit der Familie muss man sich freikämpfen. Ich versuche abends, das Handy liegen zu lassen und wenigstens einen Tag am Wochenende nur für die Familie einzuräumen. Es ist kein Ding der Unmöglichkeit, sondern eine Frage der Gewohnheit.“ Entspannung findet er vor allem zu Hause in seinem Naturgarten mit heimischen Pflanzen, Obstbäumen und Gemüse. Hier schaltet er ab, tankt Kraft und freut sich, wenn er seinen Kindern die Natur nahebringen kann. „Ich bin ein ökologischer Mensch“, sagt er. „Ich interessiere mich sehr für Biodiversität und Artenschutz. Da kriegen manche hier auch das Schmunzeln.“ *Nils Rücker*

### Zur Person

Carlo Clemens ist in Bamberg geboren, in Offenbach aufgewachsen und hat in Köln und Paris Geschichte und Deutsch für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen studiert. Er lebt mit seiner Familie in Bergisch Gladbach. Von 2021 bis 2022 war er Bundesvorsitzender der Jungen Alternative, von 2022 bis 2024 Beisitzer im AfD-Bundesvorstand. Der 35-Jährige ist seit dem 1. Juni 2022 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags. Er ist Sprecher der AfD-Fraktion für Bau- und Wohnungspolitik.



### Nachgefragt

#### Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Es gibt nicht das eine Buch, aber einen Autor: Christian Kracht. Besonders schätze ich den Roman „Ich werde hier sein im Sonnenschein und im Schatten“. Es ist eine dystopische Alternativgeschichte, in der sich eine kommunistische Schweiz im Krieg mit Resteuropa befindet.

#### Welche Musik hören Sie gerne?

Es hängt ab von Stimmungslagen. Zum Abschalten beim Sport höre ich gerne Power Metal, zur Entspannung Klassik. Wenn ich Text hören möchte, höre ich Hip-Hop.

#### Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig? Ein kühles Pils.

#### Ihr liebstes Reiseziel?

Mit den Kindern fahre ich in dem Alter, in dem sie jetzt sind, gerne in die Heimat, nach Bamberg. Darüber hinaus liebe ich Italien, besonders Neapel und die Region um Neapel. Meiner Frau habe ich den Heiratsantrag auf Ischia gemacht.

### Regionalparlamente

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat Ende Januar an der Europa-Konferenz der Spitzen der deutschsprachigen Parlamente in Brüssel teilgenommen. Am 20. Januar 2025 verabschiedeten die Präsidentinnen und Präsidenten der Landesparlamente von Deutschland und Österreich, Südtirol und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens eine Erklärung, in der sie mehr Rechte für Regionalparlamente in der EU fordern. Konkret geht es unter anderem um ein Initiativrecht („Grüne Karte“) und mehr Zeit für die Überprüfung von Zuständigkeiten. Präsident Kuper: „Regionalparlamente sind das demokratische Rückgrat der Europäischen Union. Die Bedrohungen und Herausforderungen von außen, mit denen die Europäische Union umgehen muss, werden immer komplexer. Umso wichtiger ist es, dass die europäischen Parlamente eng zusammenarbeiten und mehr Beteiligungs-



Landtagspräsident André Kuper

Foto: Schälte

möglichkeiten erhalten. Denn sie geben den Menschen in den Regionen eine Stimme und tragen dazu bei, Europa näher an die Bürgerinnen und Bürger zu bringen.“

### Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am Dienstag, 25. Februar 2025. Sie ist ab Freitagnachmittag, 21. Februar 2025, online abrufbar unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de).

### Gestorben

8.11.2024 **Dr. Eugen Gerritz** (SPD/89)  
MdL 1980–1995

21.12.2024 **Dr. Bernhard Worms** (CDU/94)  
MdL 1970–1991

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf  
**Redaktion (red):** Wibke Busch (wib, V.i.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Dr. Nils Rücker (rüc), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), (0211) 884-2293 (rüc), 884-2309 (bs), [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)  
**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Ina Blumenthal (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Christian Loose (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Arne Lieb (Grüne), Tobias Havers (FDP), Kris Schnappertz (AfD).  
**Redaktionsschluss:** Freitag, 31. Januar 2025, 12 Uhr  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig.  
Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zweck der Wahlwerbung – ist unzulässig.

**Titelfoto:** Schälte  
Auflage: 30.000

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · [www.dehaar.de](http://www.dehaar.de)  
Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.\*

[Weitere Hinweise](#)

### Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion



## Neue Abstimmungsanlage

Der Plenarsaal des Landtags verfügt seit Januar über ein elektronisches Abstimmungs-system. Bislang erfolgten namentliche Abstimmungen durch das Aufrufen der Namen aller Abgeordneten und eine anschließende manuelle Auszählung, was etwa eine halbe Stunde dauerte. Mit dem neuen System können die Abgeordneten über ein Tastenfeld an den Tischen mit „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ abstimmen. Dies erfordert weniger Vorbereitung, weniger Sitzungsunterbrechungen und keine Zeit mehr zum Auszählen. Zugleich wurde die bisherige analoge und digitale Diskussions- und Akustikanlage aus dem Jahr 2002 auf den neuesten digitalen Stand gebracht. Die Arbeiten im Plenarsaal wurden innerhalb von vier Wochen abgeschlossen.

Fotos: Schälte

